



Das vorliegende Papier beinhaltet die **Forderungen der Landesarbeitsgemeinschaft Angehörige Psychiatrie Brandenburg** zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg und zur Stärkung der Angehörigen von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Sie lauten:

a) **Die Teilhabe am Arbeitsleben und Teilhabe am Leben der Gesellschaft von Menschen mit psychischen Erkrankungen im Land Brandenburg soll gestärkt werden**

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land Brandenburg und die zuständigen kommunalen Verwaltungen auf, **geeignete Arbeits- und Wohnmöglichkeiten** für Menschen mit psychischen Erkrankungen massiv auszubauen.

Ein entsprechendes Kontaktnetz zwischen Politik, Landesbehörden, kommunalen Verwaltungen und der Wohnungswirtschaft soll aufgebaut und gestärkt werden. Die Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen soll mit **bedarfsgerechten Arbeits- und Ausbildungsplätzen** (z.B. ‚Zuverdienstprojekten‘ und ‚Ad-hoc-Maßnahmen‘ für Menschen mit chronischen, psychischen Erkrankungen) **und geeignete Wohnformen** gefördert und verstetigt werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände dringend auf, **integrierte Wohnangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen** in den Förderinstrumenten für Wohnraum zu verankern.

Arbeit und Beschäftigung als ein wichtiger Anteil menschlicher Existenz ist grundlegend für die physische und psychische Gesundheit eines jeden Einzelnen. So stellt Arbeit täglich Kontakte und Beziehungen zu anderen Menschen her, ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, strukturiert den Tagesablauf, fördert Aktivität und wird in aller Regel als sinnvoll bzw. sinnstiftend erlebt.



Trotz der zentralen Bedeutung von Arbeit hat die **Entwicklung einer inklusiven, niedrigschwelligen Angebotsstruktur für Menschen mit einer psychischen Erkrankungen** im Land Brandenburg im Wesentlichen noch nicht stattgefunden!

Beispielsweise ist **Brandenburg bundesweit aktuell ‚Schlusslicht‘** hinsichtlich der Förderung von ‚Zuverdienstprojekten‘, siehe z.B. interaktiver Atlas auf www.mehrzuverdienst.de.

Wir fordern, dass Brandenburg auf Landes- und kommunaler Ebene ‚Zuverdienststellen‘ finanziell fördert und auch deren Umsetzung auf kommunaler Ebene einfordert, bis das **Land Brandenburg zumindest den Bundesdurchschnitt an ‚Zuverdienststellen‘ erreicht hat.**

b) Psychiatrische und psychosoziale Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Land Brandenburg sollen ausgebaut werden

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert die **Stärkung der aufsuchenden Versorgung** insbesondere von Menschen mit schweren und chronischen psychischen Erkrankungen im Land Brandenburg. Im Flächenland Brandenburg mit weiten Fahrtwegen zu ambulanten und stationären Versorgungsangeboten soll es Menschen mit psychischen Erkrankungen ermöglicht werden, fachärztlich und psychotherapeutisch auch in der eigenen Häuslichkeit aufsuchend behandelt zu werden. Die Politik wird aufgefordert hier nachzuhelfen, vor allem indem Krankenkassen verpflichtet werden hier nachzufinanzieren, damit dem Versorgungsauftrag angemessen nachgekommen werden kann.

Darüber hinaus setzt sich die Landesarbeitsgemeinschaft für den **Ausbau niedrigschwelliger Angebote** zur Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen **bei Krisen (insbesondere Aufbau effektiver Krisendienste auch für den Zeitraum 16.00 Uhr bis 8.00 Uhr!)** ein, um Krankenhausaufenthalte zu vermeiden (Reduzierung von sog. ‚Drehtüreffekten‘). Die Angebote (Sozialpsychiatrische Dienste, Kontakt- und Beratungsstätten) sollen flächendeckend auch am Wochenende, an Feiertagen und nachts erreichbar sein.

Für Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörigen soll der **Zugang zu Information und Beratung** erleichtert werden.



c) Die **Selbsthilfe für Angehörige** von Menschen mit psychischen Erkrankungen soll gestärkt werden

Die Erfahrung zeigt, dass der Austausch unter Angehörigen wichtig ist, um das Leben weiterhin zu meistern und zu entlasten. **Selbsthilfegruppen entlasten das Gesundheitssystem, denn sie sorgen dafür, dass Angehörige ihren Familienmitgliedern und auch anderen Angehörigen effektiver helfen können und selbst in Balance bleiben.**

In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt im Land Brandenburg sollen **von der Verwaltung unabhängige Selbsthilfekontaktstellen** betrieben werden, die den Aufbau und die Arbeit von Selbsthilfegruppen Angehöriger psychisch kranker Menschen unterstützen. Dies betrifft unter anderem auch die Bereitstellung digitaler Angebote.

Darüber hinaus soll der flächendeckende **Aufbau von Psychose- und Trialogseminaren** im Land Brandenburg unterstützt werden. **Schulungsangebote** für Angehörige von Menschen mit psychischen Erkrankungen (ausgenommen von Menschen mit dementiellen Erkrankungen) sollen ausgebaut werden.

Zudem sollen Angehörige psychisch erkrankter Menschen für ihre Angehörigenarbeit einen **Finanz- oder Steuerausgleich** erhalten. Die Landesarbeitsgemeinschaft bittet das Land Brandenburg sich für dieses Thema auf Bundesebene einzusetzen.

d) Angehörigenarbeit bekommt eine **Abrechnungsziffer**

Ambulante, teilstationäre und stationäre Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen (d. h. niedergelassene Praxen, **psychiatrische Kliniken etc.**) **sollen die Angebote für Angehörigenarbeit (z. B. Netzwerk- und Einzelgespräche) bei den Krankenkassen abrechnen können (aktuell fehlt für Kliniken der ökonomische Anreiz Angehörigen angemessen einzubinden).** Die Landesarbeitsgemeinschaft bittet das Land Brandenburg, sich für die Umsetzung dieses Themas auf Bundesebene einzusetzen, da das Thema ohne Abrechnungsziffer im Therapie-Alltag ohne ökonomische Relevanz bleibt und somit weiterhin ‚stiefmütterlich‘ behandelt wird.

e) Die **Qualität der rechtlichen Vertretung** für Menschen mit psychischen Erkrankungen soll verbessert werden

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land Brandenburg auf, darauf hinzuwirken, dass



die Instrumente der **Vorsorgevollmacht/ Patientenverfügung/ Behandlungsvereinbarung/ Krisenpass** im Land Brandenburg weiter bekannt gemacht werden und mehr zur Anwendung kommen.

Die **qualitätsgerechte Auswahl von rechtlichen Betreuerinnen und Betreuern und deren Kontrolle** soll verbessert werden. Z.B. fordert die LAG die Höchstzahl von Betreuten pro professioneller/m BetreuerIn auf 40–60 zu begrenzen, - aktuell liegen die Betreuungszahlen z.T. deutlich darüber. Bei höheren Betreuungszahlen (im Einzelfall weit über 100 – was im Moment noch legal ist) wird aber ‚*Gesundheit zum Geschäft*‘ und dem sollte ein Riegel vorgeschoben werden!

Dabei soll die Möglichkeit, dass **Angehörige die rechtliche Betreuung ehrenamtlich übernehmen** mehr Anerkennung finden. Z.B. sollte ehrenamtlichen BetreuerInnen – die im Zusammenhang mit dieser Arbeit oft viel und verantwortungsvolle Arbeit leisten **und die öffentlichen Haushalte dadurch erheblich entlasten** – eine steuerfreie Ehrenamtspauschale i.H.v. 70,00 Euro pro Monat gewährt werden – die steht z.B. auch TrainerInnen in Sportvereinen zu.

Die Landesarbeitsgemeinschaft befürwortet die Bestrebungen, dass Berufsbetreuerinnen und -betreuern zu **einer staatlich anerkannten Ausbildung verpflichtet werden**.

Ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern soll vor Ort eine **fachgerechte Einführung** sowie **regelmäßige Weiterbildung** angeboten werden.

f) Die Interessenvertretung von Angehörigen von Menschen mit psychischen Erkrankungen soll gestärkt werden

Die Interessenvertretung der **Landesarbeitsgemeinschaft Angehörige Psychiatrie Brandenburg** soll weiter gestärkt werden. Bisher erhält die Landesarbeitsgemeinschaft Unterstützung durch das Projekt „*Stärkung der Patientenrechte in der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg*“ (Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.), das vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bereits gefördert wird. Über diese Unterstützung hinaus bittet die Landesarbeitsgemeinschaft das Land Brandenburg um weitere Unterstützung, um ihre Interessenvertretung weiter aufbauen zu können. Dies umfasst die Unterstützung u. a. bei der Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung und Arbeit der Sprecherinnen und Sprecher.

Forderungspapier

Stand: 8. Juni 2024



Landesarbeitsgemeinschaft
ANGEHÖRIGE PSYCHIATRIE
Brandenburg (LAG APB)

Um seiner Arbeit nachgehen zu können und die Gründung eines geplanten Landesverbandes zu unterstützen sollte die LAG-APB (Landesarbeitsgemeinschaft Angehörige Psychiatrie Brandenburg) mit einem Jahresbudget ausgestattet werden, um ein eigenes Büro (inkl. Nebenkosten) mit einer festangestellten Verwaltungskraft (mindestens 20 Stunden pro Woche) finanzieren zu können.

Zudem fordert die Landesarbeitsgemeinschaft das Land Brandenburg auf, darauf hinzuwirken, dass **die einzelnen Landkreise und die kreisfreien Städte verpflichtet werden die Stelle von PsychiatriekoordinatorInnen (volle VZÄ-Stelle!) zu besetzen.**

Zudem fordert die Landesarbeitsgemeinschaft das Land Brandenburg auf, darauf hinzuwirken, dass **die Landesarbeitsgemeinschaft LAG APB verbindlich eingeladen und zu beteiligt wird** bei allen für das Thema richtungweisenden **Treffen in Kliniken, Verwaltung und Parlament.**

g) Zusätzlich zu den Besuchskommissionen soll im Land Brandenburg eine landesweite unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet, an die sich Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörigen wenden können

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert das Land Brandenburg auf, eine **landesweite unabhängige Beschwerdestelle** für Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Angehörigen einzurichten. Diese soll auch niedrigschwellige Beratung, Begleitung und Informationen bei Beschwerden zur psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg bieten. Der Zugang zu den Beschwerdestellen soll persönlich, telefonisch sowie online möglich sein. **Auf das Angebot der Beschwerdestelle soll auf der Homepage des für Gesundheit zuständigen Ministeriums hingewiesen werden.**

Eingehende Beschwerden und Reaktionen sollen umfänglich dokumentiert und öffentlich auf der Webseite des Gesundheitsministeriums bekanntgegeben werden.

Bisher existieren im Land Brandenburg überwiegend nur ehrenamtlich tätige unabhängige Beschwerdestellen in Krankenhäusern (Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher). Im gemeindepsychiatrischen Bereich wird Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörigen im Land Brandenburg bisher faktisch so gut wie keine niedrigschwellige Unterstützung bei der Formulierung von Beschwerden angeboten.

Die Beschwerdestellen sollen Transparenz über Beschwerdewege sowie die Schwachstellen in der psychiatrischen Versorgung im Land Brandenburg schaffen und Menschen mit

Forderungspapier

Stand: 8. Juni 2024



Landesarbeitsgemeinschaft
ANGEHÖRIGE PSYCHIATRIE
Brandenburg (LAG APB)

psychischen Erkrankungen und ihre Angehörigen in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen stärken. Unabhängige Beschwerdestellen dieser Art sind bereits in verschiedenen Bundesländern geschaffen worden (siehe Website des BundesNetzwerks unabhängiger Beschwerdestellen Psychiatrie www.beschwerde-psychiatrie.de).

h) Alle psychiatrischen Kliniken und Fachabteilungen des Landes Brandenburg sollen dazu angehalten werden mit der Landesarbeitsgemeinschaft eine ‚Gemeinsame Vereinbarung‘ zur gemeinsamen Zusammenarbeit vereinbaren.

Zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft und der ‚Arbeitsgemeinschaft der Chefärzte für Psychiatrie und Psychotherapie‘ ist 2021 ein gemeinsamer Leitfaden bezüglich der grundsätzlichen und regelhaften Zusammenarbeit erarbeitet und verabschiedet worden, siehe Anlage.

Manche Kliniken (z.B. das ‚Ernst von Bergmann Klinikum‘, Potsdam) aber noch nicht alle psychiatrischen Kliniken und Fachabteilungen haben sich bisher dazu mit der Landesarbeitsgemeinschaft bilateral vereinbart.

Die Landesarbeitsgemeinschaft bittet die Landespolitik alle psychiatrischen Kliniken und Fachabteilungen zur Verabschiedung entsprechender ‚Gemeinsamer Vereinbarungen‘ mit der Landesarbeitsgemeinschaft anzuhalten.

Kontaktdaten der LAG Angehörige Psychiatrie Brandenburg:

E-Mail: info@lag-apb.de

Web: www.lag-apb.de